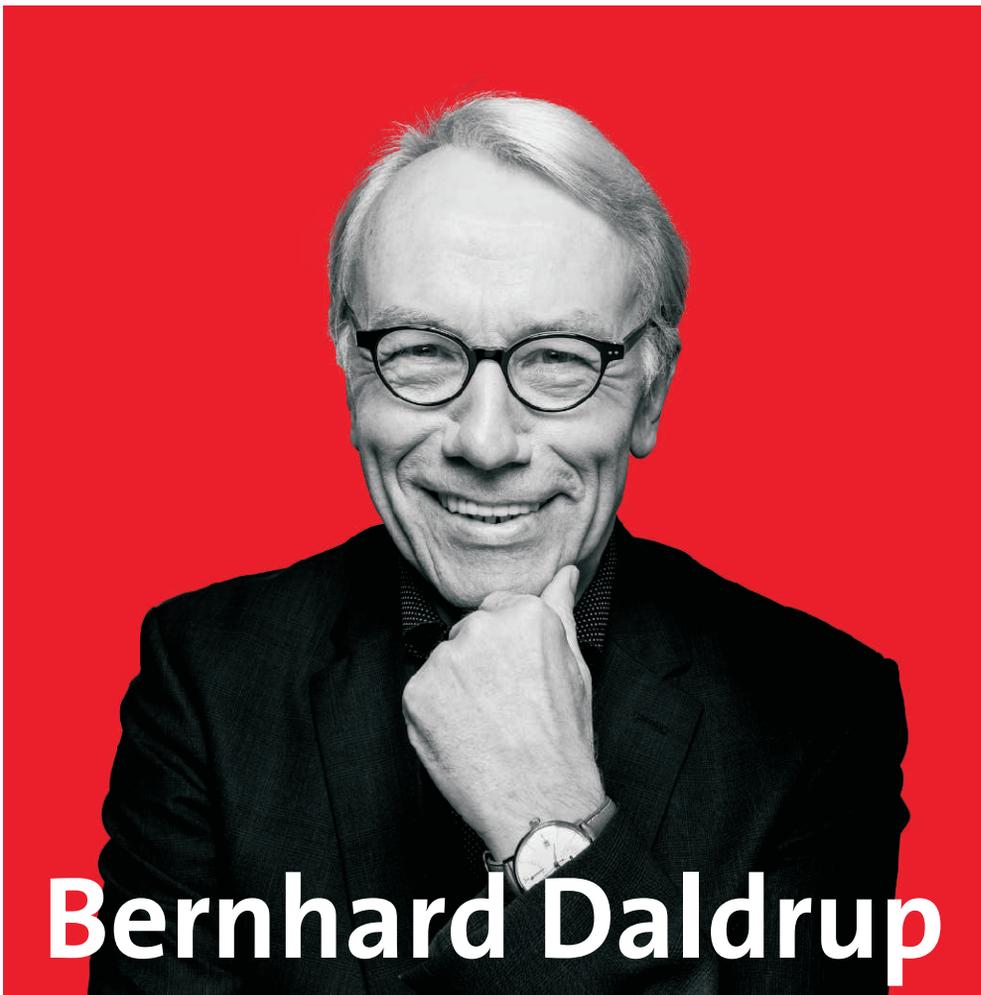


TELGTE/
WESTBEVERN

SPD

Der rote Faden

Zeitung des SPD Ortsvereins Telgte/Westbevern



Bernhard Daldrup

unser Kandidat für Berlin

Liebe Telgter*innen,

wir befinden uns mitten in einer Zeit massiver Veränderungen in der Weltlage: Klimawandel, Digitalisierung und die Veränderungen der Weltmärkte fordern ein starkes Deutschland und ein starkes, geeintes Europa.

Die Corona-Pandemie hat unseren Blick allerdings stärker als vorher auf das eigene Land gelenkt und sie steht wie eine Barriere zwischen Heute und den letzten vier Jahren. Mit etwas Abstand können wir durchaus behaupten, gut durch die Krise manövriert zu haben. Olaf Scholz, der Erfinder des „Wumms“ gegen Krisen jeder

Art, hat hier gesellschaftliche wie wirtschaftliche Weitsicht bewiesen. Doch auch vorher haben wir gute Politik gemacht. Man hört, wegen einer Bilanz würde man nicht gewählt. Tatsächlich trifft dies doch nur zu, wenn man eine schlechte hat. Unsere hingegen kann sich sehen lassen: Wir haben uns den Herausforderungen der vergangenen Jahre gestellt, sowohl bei den Fragen der sozialen Gerechtigkeit als auch beim Klimaschutz mit unserem Klimaschutzgesetz, das gerade noch einmal verschärft worden ist. Wir haben den Kommunen in beispiellosem Umfang geholfen.

Für Telgte hieß das konkret: 5,3 Mio. Euro für die Kompensation der Gewerbesteuer-ausfälle durch Corona, 543.000 Euro für Städtebauförderung in der Altstadt, 50.000 Euro für die Sanierung der alten Synagoge und rund 40.000 Euro für die Restaurierung des Haus Milte.

Wir haben darüber hinaus dafür gesorgt, dass nur noch die Reichen den Soli zahlen, dass Lieferketten transparent werden, Schulen digitaler, Renten gerechter und vieles weitere mehr. Aber wir leben in einer Zeitenwende und wir müssen uns nun den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Links und rechts über den Tellerrand geblickt wird schnell klar: Die Union ist für diese Zukunft nicht mehr gut aufgestellt. Angela Merkel, die lange einen guten Job gemacht hat, ist merklich geschwächt und tritt nicht mehr an. Ihr potenzieller Nachfolger Armin Laschet kann nicht Kanzler! Die Maskenskandale, Scheuers Maut-Desaster, das Krisenmanagement von Jens Spahn, die dauernde Blockadehaltung Altmaiers und die vielen internen Streitereien zeigen deutlich: CDU/CSU brauchen eine Pause.

Die Grünen sollten wir an dieser Stelle aber nicht außer Acht lassen. Ihnen wird die beste Klimapolitik zugeschrieben. Sieht man sich die Bundesländer mit diese

Fortsetzung auf Seite 2 ▶

In dieser Ausgabe:

Bernhard Daldrup und Olaf Scholz
Seite 1-3**Was die SPD in der GroKo erreicht hat**
Seite 4-6**Luftfilter für alle Schulen in Telgte**
Seite 7**Digitalisierung der Schulen**
Seite 8**Alles zum Wahlprogramm der SPD**
Seite 9-15**Windenergie in Telgte**
Seite 15**Was wir seit der Kommunalwahl in Telgte erreicht haben**
Seite 19-20

Fortsetzung von Seite 1

Regierungsbeteiligung der Grünen an, wirft man einen Blick auf die konkreten Ergebnisse dieser Politik, müsste diese Kompetenz auffallen. Ist das im schwarz-grünen Hessen so? Oder etwa im grün-schwarzen Baden-Württemberg? Die Windenergie stockt dort ebenso wie in NRW und die selbst gesteckten Klimaziele werden nur mithilfe der Pandemie erreicht (Baden-Württemberg) oder sind viel zu niedrig angesetzt, um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen (Hessen). Selbstverständlich hätte die GroKo beim Klimaschutz besser sein müssen – doch viele sozialdemokratische Vorhaben wurden durch die Blockade der Union verhindert. Aber die Grünen regieren in elf Bundesländern und haben es bisher nicht geschafft, Klimaschutz in ganz neuen Maßstäben zu betreiben. Fazit: Klimapolitisch kann es die SPD sehr wohl mit den Grünen aufnehmen und behält darüber hinaus die Bedürfnisse aller Menschen im Blick – auch die der Lehrer*innen, Erzieher*innen, Pfleger*innen, Handwerker*innen, Selbstständigen oder Landwirt*innen. Für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen, ist das Kernanliegen der SPD, was sie von den anderen Parteien unterscheidet. Ein Beispiel: Im großen, grün regierten Baden-Württemberg werden nur halb so viele geförderte Sozialwohnungen gebaut wie im erheblich kleineren, sozialdemokratisch regierten Hamburg.

Mit Blick auf all die großen Veränderungen und Zukunftsfragen brauchen wir einen starken, international gut aufgestellten Kanzler. Ich bin sicher, dass Olaf Scholz mit seiner internationalen Erfahrung als weltweit anerkannter (und erfolgreicher) Finanzminister mit ausgeprägter Regierungserfahrung der beste Kanzlerkandidat ist.

Er spricht viel von Respekt. Gemeint ist damit nicht einfach der Respekt im Umgang miteinander. Gemeint ist vor allem der Respekt vor der Lebensleistung. Kassierer*innen haben den gleichen Respekt verdient wie Manager*innen. Lagerarbeiter*innen ebenso wie Ingenieur*innen. Damit verbunden ist der Anspruch an ein gutes Leben mit gerechter Bezahlung, sozialer Sicherung und gesellschaftlicher Teilhabe. Dafür stehe ich und dafür steht die SPD.

Bernhard Daldrup



Lebenslauf

1956

geboren in Sendenhorst

seit 1975

Mitglied der SPD

1976-1983

Studium Politikwissenschaften, Philosophie und Deutsche Philologie an der WWU

1979-2004

Mitglied im Rat der Stadt Sendenhorst

1988-2002

Fraktionsvorsitzender

Seit 2000

Mitglied im Landesvorstand der SPD Nordrhein-Westfalen

2003-2021

Landesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik Nordrhein-Westfalen (SGK NRW)

Seit 2013

Mitglied des Bundestages

Seit 2014

Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seit 2018

Obmann für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen der SPD-Bundestagsfraktion

Seit 2018

Mitglied im Fraktionsvorstand

2021

Direktkandidat für den Kreis Warendorf bei der Bundestagswahl

Mehr Informationen über unseren Kandidaten Bernhard Daldrup finden Sie unter www.bernhard-daldrup.de oder auf seinem Facebook-Account!

Guten Tag, liebe Leser*innen,

am 26. September ist die nächste Bundestagswahl. Die Ära Merkel geht zu Ende und Armin Laschet, Annalena Baerbock oder Olaf Scholz wird ins Kanzleramt einzuziehen. Es wird also spannend werden.

Bei dieser Wahl geht es um wichtige Zukunftsentscheidungen: Wie bekämpfen wir weiterhin die Pandemie? Mit welchen Maßnahmen begegnen wir der Klimakatastrophe? Und wie verhindern wir die Spaltung der Gesellschaft in sozialen Fragen?

In dieser Ausgabe des Roten Fadens werden wir Ihnen den Kandidaten für den Wahlkreis Warendorf, Bernhard Daldrup, und den Kanzlerkandidaten der SPD, Olaf Scholz, vorstellen. Des Weiteren haben wir für Sie die wichtigsten Forderungen aus dem SPD-Wahlprogramm zusammengefasst, damit Sie eine informierte Entscheidung treffen können.

Da die Kommunalwahl nun knapp ein Jahr zurückliegt, möchten wir Sie auch darüber informieren, bei welchen Forderungen aus unserem Wahlprogramm wir schon Erfolge verbuchen konnten und welche



drängenden Probleme wir aktuell in Telgte sehen.

Informationen zu aktuellen Themen und unserem Ortsverein finden Sie jederzeit auf unserer Website:

www.spd-telgte.de

Oder Sie folgen uns auf Facebook und Instagram. Selbstverständlich können Sie uns jederzeit auch persönlich ansprechen oder eine E-Mail schreiben an:

spd.telgte+Leserbrief@gmail.com

Wir werden donnerstags auf dem Wochenmarkt am Rathaus und samstags auf dem Marktplatz in Telgte einen Stand aufbauen, wo Sie sich informieren und mit uns diskutieren können. Wir freuen uns auf Sie.

Bleiben Sie gesund – und gehen Sie wählen!

Klaus Resnischek
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Telgte/Westbevern

Alle Ausgaben finden Sie auch online unter www.spd-telgte.de/rf





Olaf Scholz - unser Kanzlerkandidat

Lebenslauf

Nach der Wahl wollen wir mit Olaf Scholz als Kanzler die neue Bundesregierung anführen, um unsere Ideen umzusetzen und so das Land fit für die Zukunft zu machen. Hier wollen wir Ihnen vorstellen, welche Ziele ihm dabei besonders am Herzen liegen.

Für diese fünf Kernziele setzt Olaf Scholz sich besonders ein:

Gute und sichere Arbeit

Der SPD ist es wichtig, gute Arbeit zu schaffen, welche durch anständige Löhne und sichere Arbeitsplätze finanzielle Sicherheit ermöglicht. Denn wer den ganzen Tag arbeitet, muss davon ohne zusätzliche Unterstützung leben können.

Kinder fördern, Familien stärken

Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen. Daher wollen wir zusammen mit Olaf Scholz ein neues Kindergeld einführen, welches allen zugutekommt, aber einkommensschwächere Familien besonders unterstützt. Auch setzen wir uns für den Ausbau des Ganztagsunterrichts, eine Ausbildungsgarantie und ein besseres BAföG ein.

Faire Mieten

Alle haben Anspruch auf eine bezahlbare Wohnung. Daher werden wir zusammen mit Olaf Scholz besonders die Schaffung neuer Wohnungen vorantreiben. Denn dies ist das beste Mittel gegen hohe Mieten. Dieses Ziel hatte er bereits in

seiner Zeit als Erster Bürgermeister von Hamburg verfolgt, wo er den Wohnungsbau massiv vorantrieb. Während seiner Amtszeit wurde Hamburg so zum Bundesland mit den meisten Sozialwohnungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Klimaschutz, der Arbeit schafft

Den Klimawandel zu stoppen, ist eine Menschheitsaufgabe. Deshalb wollen wir bis spätestens 2045 Klimaneutralität in Deutschland erreichen.

Es ist jedoch wichtig, wie wir dieses Ziel erreichen. Denn gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass niemand bei dieser Aufgabe zurückbleibt. Klimafreundliche Alternativen müssen vorhanden und bezahlbar sein. Auch deshalb wollen wir den Weg zur Klimaneutralität so gestalten, dass bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Stabile Renten

Die Lebensleistung muss sich im Alter in einer stabilen und sicheren Rente widerspiegeln. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss von seiner Rente gut leben können.

1958

Geboren in Osnabrück

1975

Mit 17 in die SPD eingetreten

1978-1984

Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg

1984-1985

Zivildienst

ab Ende 1980er Jahre

Arbeit als Anwalt für Arbeitsrecht

1982-1988

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos

1987-1989

Vizepräsident International Union of Socialists Youth (Zusammenschluss sozialistischer und sozialdemokratischer Jugendorganisationen weltweit)

1998

Erstes Mal Mitglied Deutscher Bundestag

2001

Innensenator Hamburg

2002-2004

Generalsekretär SPD

2005

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

2007-2009

Bundesarbeitsminister

2011-2018

Erster Bürgermeister von Hamburg

2018-2021

Vizekanzler und Bundesfinanzminister

2021

Kanzlerkandidat der SPD

Mehr unter www.olaf-scholz.de

Was hat die SPD in der Großen Koalition erreicht?

Das Gute-Kita-Gesetz

Gute Kinderbetreuung wird vor Ort gestaltet. Jede Kita hat unterschiedliche Stärken und Schwächen und braucht unterschiedliche Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungsqualität. Deshalb hat der Bund das Gute-Kita-Gesetz beschlossen und investiert so 5,5 Mrd. € in frühkindliche Bildung. Außerdem entlastet das Gesetz Familien – insbesondere Familien mit geringem Einkommen – bei den Gebühren für die Kinderbetreuung.



Mehr finanzielle Unterstützung für Familien mit Kindern

In der Legislaturperiode wurde das Kindergeld insgesamt um 25€ erhöht. Um Familien in der Corona-Krise zu unterstützen, wurde zweimal ein Kinderbonus ausgezahlt (insgesamt 450€ pro Kind). Auch der Kinderzuschlag und die Regelsätze in der Grundsicherung wurden angehoben. Außerdem bekommen bedürftige Kinder am Anfang des Schuljahres mehr Geld für Stifte, Hefte und Schulranzen. Die Fahrt zur Schule sowie das Mittagessen in der Schule und Kita sind für diese Kinder kostenlos. Darüber hinaus werden nun die Kosten für Nachhilfunterricht übernommen, auch wenn die Versetzung noch nicht gefährdet ist.

Für gleiche Bildungschancen

Damit der Bund die Länder mit finanziellen Mitteln für die Bildungsinfrastruktur unterstützen kann, wurde das Grundgesetz geändert: Das Kooperationsverbot in der schulischen Bildung wurde abgeschafft. Dadurch wurde es möglich, den Digitalpakt zu verabschieden. Dieser stellt 5 Mrd. € für die digitale Ausstattung der Schulen zur Verfügung und wurde aufgrund der Corona-Pandemie nochmals mit 1,5 Mrd. € aufgestockt.

Außerdem haben wir eine Mindestausbildungsvergütung gesetzlich festgelegt und beim BAföG die Förderleistungen erhöht und den BAföG-Anspruch ausgeweitet.

Brückenteilzeit

Manchmal wollen Menschen beruflich kürzertreten, z.B. um sich um ihre Kinder zu kümmern, Angehörige zu pflegen oder sich weiterzubilden. Deshalb haben wir die Brückenteilzeit eingeführt. Beschäftigte haben das Recht, ihre Arbeitszeit für ein bis fünf Jahre zu reduzieren und danach zur vorigen Arbeitszeit zurückzukehren.

Entlastung bei den Pflegekosten:

Kinder müssen nur ab einem Jahresbruttoeinkommen von mehr als 100.000€ für ihre pflegebedürftigen Eltern zahlen.

Für Mieter*innen

Durch das Mieterschutzgesetz sind Mieter*innen nun besser vor Mieterhöhungen nach Modernisierungsmaßnahmen geschützt. Zudem haben wir die Mietpreisbremse bis 2025 verlängert und verschärft. Vermieter*innen sind nun verpflichtet, die Vormiete offenzulegen. Darüber hinaus haben wir das Wohngeld erhöht und den Anspruch ausgeweitet.

Für bezahlbaren Wohnraum



Bezahlbarer Wohnraum wird dringend gebraucht in Deutschland. Deshalb haben wir das Grundgesetz so geändert, dass der Bund die Länder und Kommunen beim Bau von Sozialwohnungen unterstützen kann. Mit 5 Mrd. € haben wir für 100.000 neue Sozialwohnungen gesorgt.

Für Sicherheit im Alter

Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, sollte nicht auf die Grundsicherung angewiesen sein. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb haben wir die Grundrente eingeführt. Wer mindestens 33 Jahre eingezahlt und unterdurchschnittlich verdient hat, bekommt bis zu 418€ Grundrentenzuschlag zusätzlich zur Rente.

Mit dem Rentenpakt von Hubertus Heil haben wir dafür gesorgt, dass das Rentenniveau von mindestens 48% und der Beitragssatz von maximal 20% bis 2025 stabil bleiben.

Besserer Jugendschutz

Gerade im Internet müssen Kinder und Jugendliche besser geschützt werden. Medien“ (BPjM) zur „Bundeszentrale für

Daher haben wir Anbieter von Internetdiensten zu Voreinstellungen verpflichtet, die Kinder und Jugendliche vor Mobbing, sexualisierter Anmache, finanzieller



Abzocke, Hassrede und Tracking schützen. Außerdem soll die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ (BPjM) zur „Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz“ weiterentwickelt werden, die bei Medien eine einheitliche und aussagekräftige Alterskennzeichnung vornimmt, sodass Eltern und Kinder einfach erkennen können, ob Medien für sie geeignet sind oder nicht.

Verbot von Konversionstherapie

Sogenannte Konversionstherapien zielen darauf ab, die sexuelle Orientierung oder die selbstempfundene geschlechtliche Identität einer Person zu ändern oder zu unterdrücken. Solche Maßnahmen verursachen viel Leid und gehen häufig mit schweren psychischen Belastungen einher. Deshalb haben wir solche Behandlungen an Minderjährigen verboten.

Für mehr Netto vom Brutto

Wir haben die Grundfreibeträge der Einkommenssteuer erhöht und den Solidaritätszuschlag für fast alle Steuerzahler*innen abgeschafft.

Für eine bessere medizinische Versorgung

Damit Patient*innen schneller Termine bei Ärzt*innen bekommen, wurden diese verpflichtet, mindestens 25 Std. Sprechzeit pro Woche für gesetzlich Versicherte anzubieten. Bei Fachärzt*innen müssen davon mindestens 5 Std. als offene Sprechstunden angeboten werden.

Um unterversorgte Regionen attraktiver zu machen und die Versorgung auf dem Land zu sichern, bekommen Ärzt*innen dort Zuschläge. Außerdem werden die kassenärztlichen Vereinigungen verpflichtet, eigene Praxen oder mobile und telemedizinische Versorgungsalternativen dort anzubieten, wo es an niedergelassenen Ärzt*innen fehlt.

Auch Krankenhäuser in dünn besiedelten Gebieten werden gefördert.

Für bessere Bedingungen in der Pflege

Spätestens seit der Corona-Pandemie ist allen klar: Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen sich verbessern. Wir



haben in dieser Legislaturperiode einen Anfang gemacht und 13.000 neue Stellen in der stationären Altenpflege und 20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in vollstationären Pflegeeinrichtungen geschaffen. Ein einheitlicher Tarifvertrag für die Pflegebranche ist leider an den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden gescheitert. Deshalb werden Pflegeeinrichtungen ab dem 01.09.2022 nur zugelassen, wenn sie Löhne mindestens in Höhe eines Pflorgetarifvertrages bezahlen.

Für geringere Kosten für gesetzlich Versicherte

Der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung muss nicht mehr vollständig von Arbeitnehmer*innen bezahlt werden. Seit 2019 wird die Hälfte von den Arbeitgeber*innen übernommen.

Für den Klimaschutz

Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir nationale Klimaziele rechtlich verbindlich verankert. Es wurden konkrete Ziele festgelegt, wie viel Treibhausgas pro Jahr in welchem Bereich eingespart werden



muss. Die Fortschritte sollen jährlich ermittelt und von einem unabhängigen Expertenrat für Klimafragen geprüft werden. Wenn die Vorgaben verfehlt wurden, wird mit einem Sofortprogramm nachgesteuert.

Am 1. Januar 2021 wurde die CO₂-Bepreisung eingeführt. Die Einnahmen haben wir zur Senkung der EEG-Umlage, zur Erhöhung des Wohngelds und der Fernpendlerpauschale sowie zur Senkung der Mehrwertsteuer für Bahntickets verwendet.

Für die Mobilitätswende

Die Trassenpreise (quasi eine „Schienemaut“) haben wir für den Schienengüterverkehr halbiert und die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr gesenkt. Außerdem haben wir eine Mautpflicht für LKW ab 7,5t eingeführt und höhere Kaufprämien für E-Autos beschlossen. Auch der Radverkehr wird massiv gestärkt. Zwischen 2020 und 2023 werden knapp 1,5 Mrd. € in die Förderung und den Ausbau der Radinfrastruktur investiert.

Für ein besseres Netz

Mit dem Investitionsfonds „Digitale Infrastruktur“ soll ein flächendeckender Ausbau von Gigabitnetzen auf Glasfaserbasis in ländlichen Gebieten erfolgen. Der Bund stellt 1,1 Mrd. € zur Verfügung, um bis zu 5.000 noch bestehende Funklücken zu beseitigen. Auch der Ausbau der 5G-Infrastruktur ist ein wichtiges Thema. Im Konjunkturpaket sind dafür 5 Mrd. € vorgesehen.

Für ein Lieferkettengesetz

Große in Deutschland ansässige Unternehmen müssen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe



ergreifen. Halten die Unternehmen ihre Pflichten nicht ein, drohen hohe Bußgelder (mehrere Mio. €) und der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen.

Für gute Arbeit

Wir haben für viele Berufsgruppen die Meisterpflicht wiedereingeführt und die Tarifbindung im Handwerk gestärkt.

Fachkräfteeinwanderungsgesetz

Auch Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung können nun nach Deutschland kommen. Dafür ist auch kein festes Arbeitsplatzangebot mehr notwendig.

Für Weiterbildung

Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-morgen-Gesetz haben wir dafür gesorgt, dass mehr Menschen bei der Weiterbildung unterstützt werden, damit Beschäftigte nicht vom Strukturwandel abgehängt werden. Zudem haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung für Geringqualifizierte eingeführt, sodass diese einen Berufsabschluss nachholen können.



Für eine globale Mindeststeuer

Gemeinsam mit Frankreich hat Deutschland unter der Führung von Olaf Scholz eine Initiative für eine globale Mindestbesteuerung von Konzernen und zur wirksameren Besteuerung großer globaler Digitalunternehmen gestartet. Nach mehreren erfolglosen Anläufen in den vergangenen Jahren scheint es jetzt sehr wahrscheinlich, dass eine Mindeststeuer eingeführt wird. Nach den G7-Staaten haben sich auch 130 Länder unter dem Dach der OECD auf eine solche Steuer geeinigt. Die internationale Steuerreform sieht vor, dass Großkonzerne global mindestens 15% Steuern zahlen müssen. Dabei müssen die Unternehmen nicht mehr nur dort Steuern zahlen, wo sie ihren Sitz haben, sondern auch dort, wo sie viel Geld verdienen. Ziel ist es, dass die Steuer bereits 2023 eingeführt wird.

Für mehr Verbraucherschutz

Wir haben die Musterfeststellungsklage eingeführt. Wenn viele Menschen von einem Unternehmen geschädigt werden, kann eine solche Klage erhoben werden. Darüber hinaus haben wir automatische Vertragsverlängerungen (z.B. bei Fitnessstudios oder Handyverträgen) abgeschafft. Die Vertragslaufzeit darf maximal zwei Jahre betragen; danach muss der Vertrag monatlich kündbar sein.

Fortsetzung auf Seite 6 ►

Fortsetzung von Seite 5 ►

Für einen besseren Schutz vor sexueller Gewalt

Der Versuch des sogenannten Cybergroomings ist jetzt strafbar. Unter Cybergrooming versteht man das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet zur Anbahnung sexueller Kontakte. Bisher war dies nicht strafbar, wenn der Täter glaubte, mit einem Kind Kontakt zu haben, aber in Wirklichkeit mit einem Erwachsenen (z.B. einem Polizisten) chattete. Wir haben außerdem dafür gesorgt, dass der Verkauf, der Besitz und die Verbreitung von sogenannten "Missbrauchsanleitungen" und von Sexpuppen mit kindlichem Erscheinungsbild nun verboten sind.

**Für eine bessere Strafverfolgung im Netz**

Durch ein neues Gesetzespaket können Drohungen und Hetze im Netz härter und effektiver verfolgt werden. So wird z.B. die Verbreitung sog. „Feindeslisten“ strafbar. Außerdem sind Plattformen wie Facebook oder Youtube durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichtet, härter gegen Hass, Hetze und Terrorpropaganda vorzugehen. Auch digitales Stalking ist jetzt strafbar. Darunter fällt u.a. die Verwendung von Stalking-Apps oder das Vortäuschen der Identität des Opfers.

Für die Überwindung der Coronakrise

In der Corona-Pandemie haben wir Arbeitsplätze durch Kurzarbeitergeld gesichert, indem wir es auf 24 Monate ausgeweitet und zeitlich befristet erhöht haben. Wir haben Unternehmen finanziell unterstützt. Durch die befristete Mehrwertsteuersenkung haben wir die Wirtschaft angekurbelt.

Mit dem „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ haben wir dafür gesorgt, dass Gesundheitsämter besser mit Personal und Software ausgestattet werden. Außerdem haben wir eine na-

Gemeinsam für Vielfalt und gegen Diskriminierung.

SPD Soziale Politik für Dich.

MIT UNS BLEIBT DIE WELT BUNT.

tionale Gesundheitsreserve geschaffen, sodass für zukünftige Notfälle z.B. Schutzausrüstungen schnell verfügbar sind. Damit Kinder und Jugendliche nicht abgehängt werden, haben wir das Aktions-

programm „Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen, das in den Jahren 2021 und 2022 schulische und außerschulische Lern- und Freizeitangebote ermöglicht.



AMMANN & ROTTKORD



AUFZÜGE
TREPPENLIFTE
HOMELIFTE
REHATECHNIK

Aufzüge auf kleinstem Raum

Mehr als 25 Jahre Spezialisten für Plattformlifte im öffentlichen und privaten Bereich
Der Einbau eines Ammann & Rottkord Homeliftes ist nahezu überall möglich.

info@ammann-rottkord.de | www.ammann-rottkord.de
AMMANN & ROTTKORD GMBH | Lengericher Str. 18 | 48291 Telgte | Telefon: 02504 88505

Luftfilteranlagen für alle Schulen in Telgte

Das neue Schuljahr hat begonnen. Gleichzeitig steigt – insbesondere aufgrund der besonders aggressiven Delta-Variante – die Zahl der Corona-Infektionen wieder. Laut RKI hat die vierte Corona-Welle bereits begonnen.

Damit stehen die Schulen erneut vor gewaltigen Herausforderungen. Für Kinder unter 12 Jahren gibt es weiterhin keinen zugelassenen Impfstoff. Auch wenn die Politik sich für eine Impfung der 12 bis 17-Jährigen ausspricht, gibt es nur eine eingeschränkte Empfehlung durch die STIKO für diese Altersgruppe.

Kinder sind also mangels Impfschutz einem besonders hohen Risiko ausgesetzt, sich mit dem Corona-Virus zu infizieren. Denn auch wenn die Gefahr eines schweren Verlaufs bei Kindern zum Glück niedrig ist,

bleiben den-noch Risiken bestehen. Dies gilt insbesondere für Langzeitfolgen in Form von Long-Covid. Zudem stellt jede Infektion nicht nur ein Risiko für die betroffene Person, sondern auch für ihr Umfeld dar.

Aus genau diesen Gründen hatte die SPD-Fraktion bereits im März im Rat die Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für die Schulen sowie die städtische Kita in Telgte gefordert, um den Infektionsschutz in den Einrichtungen zu verbessern.

Für uns steht die Gesundheit der Kinder an erster Stelle – und das umfasst nicht nur einen wirksamen Schutz vor einer Coronainfektion, sondern auch den Schutz der psychischen Gesundheit.

Viele Kinder und Jugendliche haben unter dem Distanzunterricht und dem Wegfall sozialer Kontakte stark gelitten. Aktuelle Studien zeigen, dass sich der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Symptome einer Depression aufweisen, mehr als verdoppelt hat. Der Einsatz von Luftfiltern verringert das Risiko, dass Schulen in den Distanzunterricht wechseln müssen, und schützt die Gesundheit der Kinder und des Personals. Deshalb muss die Stadt als Schul- und Kita-Trägerin entsprechend handeln. Auch die Leiterinnen der Telgter Grundschulen forderten damals bereits die Anschaffung solcher Geräte. Unser Antrag sah entsprechend vor, Mittel in Höhe von 240.000€ bereitzustellen und die Schulen und die Kita schnellstmöglich mit Luftfilteranlagen auszustatten.

Notwendigkeit, den Schutz vor dem Corona-Virus in unseren Schulen durch die Anschaffung entsprechender Geräte zu verbessern. Besonders bemerkenswert war hierbei die Haltung der FDP. Die Ablehnung des Antrags begründete Karin Horstmann folgendermaßen: „Alle werden geimpft. Die Fachleute sagen uns,



zum Sommerende wird diese Pandemie im Wesentlichen beendet sein.“

Nicht nur zeigt der Beginn der vierten Welle, wie falsch diese Einschätzung war – was diese Haltung so bemerkenswert macht, ist, dass es zu jenem Zeitpunkt noch nicht mal für Jugendliche, geschweige denn für Kinder, einen zugelassenen Impfstoff gab. Aber auch CDU und Grüne lehnten eine Anschaffung ab.

Den Grünen muss man zugutehalten, dass sie zumindest einen Kompromiss anregten. Demnach sollten in Haushalt 100.000€ zusätzlich für die Anschaffung von „Hardware“ in den Grundschulen bereitgestellt werden. Eine konkrete Verwendung für die Anschaffung von Luftfilteranlagen war jedoch nicht vorgesehen. Obwohl dieser Vorschlag weit von dem entfernt war, was wir uns für die Schulen erhofft hatten, änderten wir unseren Antrag entsprechend. CDU und FDP wiederum lehnten selbst diesen Minimalkompromiss ab. Zusammen mit den Grünen konnten wir den Antrag aber verabschieden.

Obwohl damit nun theoretisch Gelder zur Verfügung standen, welche für die Anschaffung von Luftfilteranlagen in den Grundschulen hätten genutzt werden können, unternahm die Verwaltung jedoch zunächst nichts in dieser Richtung.

So vergingen mehrere Monate ungenutzt, bis es Mitte Juli so schien, als würde doch noch Bewegung in die Sache kommen. Als die Bundesregierung im Juli ein millionenschweres Förderprogramm zur

Anschaffung von mobilen Luftfiltern in Klassenräumen für Schüler*innen bis 12 Jahre beschloss, stellten die vier Grundschulleiterinnen erneut einen Antrag, die Schulen entsprechend auszustatten.

Mittlerweile ist jedoch bekannt geworden, dass die Förderung durch den Bund für Telgte leider nicht infrage kommt, da sie nur für Räume mit einer eingeschränkten Belüftbarkeit gilt. Die noch nicht ausgestatteten Räume sind jedoch „ausreichend belüftbar“. Aber: Experten des Bundesumweltamtes bescheinigen, dass, auch wenn die Möglichkeit zu einer ausreichenden Lüftung besteht, Luftfilteranlagen einen Zusatznutzen hinsichtlich der Reduzierung der Virenlast in den Klassenräumen erbringen können. Somit sollten sie auch unabhängig von einer möglichen Förderung angeschafft

werden.

Die Stadtverwaltung holte daher verschiedene Angebote für Luftfilteranlagen ein, um ca. 70 Geräte sofort zu bestellen. Das Geld dafür war ja aufgrund unseres Antrages im März bereits vorhanden.

Es waren erneut CDU und FDP und diesmal leider auch die Grünen, welche die Beschaffung der Geräte vehement blockierten. Ihr Argument war, dass es auch beim Einsatz von mobilen Luftreinigern keine Garantie gebe, dass im Herbst und Winter der Wechselunterricht vermieden werden kann. Dies gilt jedoch für praktisch alle Einzelmaßnahmen im Kampf gegen das Corona-Virus. Die einzige Maßnahme, mit der man den Unterricht vollumfänglich sicherstellen könnte, wäre die Impfung der Kinder – was zurzeit nicht möglich ist. Es bleibt also nur die Möglichkeit, durch die Kombination verschiedener Maßnahmen einen möglichst hohen Schutz für die Kinder und das Schulpersonal anzustreben. Leider wird diese Tatsache von den anderen Parteien ignoriert.

Unsere Position ist weiterhin eindeutig:

Die Stadt Telgte als Schulträgerin muss ihre Verantwortung ernstnehmen und jede Möglichkeit nutzen, um die Virenlast in den Klassenräumen zu verringern und so die Gesundheitsrisiken in unseren Schulen zu minimieren.

Bei Redaktionsschluss stand leider noch nicht fest, wie die Diskussion letztlich weitergeht. Wir werden jedenfalls weiter für die Anschaffung der Luftfilteranlagen kämpfen.

Alexander Holthaus

Digitalisierung der Schulen: Ein Hilferuf mit Folgen

Nach fast eineinhalb Jahren Corona-Pandemie ist das Verständnis langsam vorbei – das zeigt der Hilferuf, der am 1. Juli per Mail von den Schulleiterinnen der vier Grundschulen an die vier Ratsfraktionen und den Bürgermeister gesendet wurde. Eineinhalb Jahre mit ständiger Unsicherheit und dem Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht sind vergangen, ohne dass genügend Endgeräte angeschafft wurden. Das hat den Frust groß werden lassen.

In ihrer Mail stellten die Schulleiterinnen den Antrag, die Grundschulen im Rahmen der Digitalisierung mit Präsentationsgeräten mit Zubehör in jedem Klassenraum auszustatten. Darüber hinaus forderten sie die Anschaffung weiterer iPads, so dass ein Verhältnis von einem iPad pro zwei Schüler*innen erreicht wird. Der aktuelle Bestand reiche dafür nicht aus.

Auch im kommenden Herbst sei es aufgrund der Tatsache, dass Kinder nicht geimpft sind und neue Varianten entstehen können, wahrscheinlich, dass es wieder Distanzunterricht gebe. Deshalb müsse schnell gehandelt werden.

Bei der Ratssitzung am selben Tag wurde das Thema von der SPD umgehend auf die Tagesordnung gesetzt. Wolfgang Pieper war darüber alles andere als begeistert: „Ich halte es für absolut schlecht, dass die Diskussion öffentlich geführt wird. Es entsteht der Eindruck, die Verwaltung kümmert sich nicht.“ Dabei habe es laut Pieper die ganze Zeit einen engen Austausch zwischen den Schulen und der Verwaltung gegeben. Allerdings stellt sich die Frage, wie gut dieser Austausch gewesen sein kann, wenn die Schulleiterinnen sich gezwungen sahen, sich direkt an die Ratsfraktionen zu wenden. Natürlich ist es sinnvoll, Förderprogramme zu nutzen und es gibt genug davon. Man muss nur zügig die Anträge stellen.

Aber gerade, wenn Anschaffungen dringend sind, sollte man die Möglichkeit erwägen, außerhalb der ganzen Fördertöpfe



eigenes Geld aus dem Haushalt zu nehmen und einfach die nötigen Geräte zu bestellen, wie es andere Kommunen im Münsterland gemacht haben.

Hätte die Stadt so gehandelt, wären die Schulen wohl wesentlich schneller ausgestattet worden.

Geld ist im Haushalt der Stadt Telgte genügend vorhanden.

Die Gewerbesteuern sprudeln momentan. Nach der Ratssitzung gab es dann ein paar Tage später ein Gespräch zwischen dem Bürgermeister und den vier Schulleiterinnen. Dabei gab es zumindest einen Teilerfolg für die Schulen, wahrscheinlich auf Druck der öffentlichen Diskussion. Der Bürgermeister sicherte die sofortige Beschaffung von großen Fernsehgeräten bzw. Monitoren zu, die als interaktive Displays in Verbindung mit Dokumentenkameras als Präsentationsgeräte nutzbar sind – und zwar für alle Klassenräume in den Grundschulen noch bis zum Schuljahresbeginn. Das Geld dafür wurde im Rahmen eines Dringlichkeitsbeschlusses durch die Politik sofort bereitgestellt. Bei den iPads wurde zunächst wieder auf die begrenzte Förderkulisse des Digitalpakts verwiesen, bis überraschen-

derweise Ende Juli das Schulamt der Stadt darüber informierte, dass insgesamt 200 iPads bestellt wurden, die schon Anfang August ausgeliefert werden sollen. Diese gehen zum Teil an die Grundschulen; ein weiterer Teil geht ans Gymnasium und an die Sekundarschule.

Finanziert werden diese iPads von der Stadt – ganz ohne Förderprogramm.

Mit dieser Anschaffung gibt es an den Schulen in Telgte nun ein iPad für drei Schüler*innen. Für die geforderte 1:2-Ausstattung in den Grundschulen fehlen dann immer noch ca. 150 Geräte, die laut Aussage des Schulamts über den Fördertopf „DigitalPakt“ beschafft werden sollen. Das entsprechende Antragsverfahren läuft nach Auskunft der Stadt bereits.

Es besteht also Grund zur Hoffnung, dass die Schulen bis zum Winter endlich in ausreichendem Maße mit digitalen Endgeräten ausgestattet sind.

Klaus Resnischek



molino
Im Zeichen der Achtsamkeit

Dem Stress auf die Schliche kommen!

Achtsamkeitskurse und Massagekunst

Heike Hegemann-Möllers
Telgte / Raestrup

hegemann@molino-camino.de
www.molino-camino.de

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM



KLIMA UND UMWELT

- Klimaneutralität erreichen (spätestens 2045)
- Aktuelle EEG-Umlage abschaffen (bis 2025) >>
- Klimaschonende Produktionsprozesse mit Investitionen fördern, klima- und umweltschädlichen Subventionen abbauen
- Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft umbauen (z.B. durch Recycling)

>> EEG-Umlage abschaffen

Die EEG-Umlage ist ein Preisaufschlag auf den Strompreis, mit welchem der Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert wird. Sie muss grundsätzlich von allen Stromverbraucher*innen gezahlt werden. Allerdings gibt es Ausnahmen für energieintensive Unternehmen, damit diese keinen Nachteil im internationalen Wettbewerb haben.

Wir wollen die EEG-Umlage in dieser Form abschaffen und sie zukünftig stattdessen aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dafür sollen vor allem die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung genutzt werden. Auf diese Weise entlasten wir die Privathaushalte deutlich beim Strompreis und finanzieren den Ausbau der erneuerbaren Energien durch eine Besteuerung der CO₂-Verursacher*innen.

INNOVATION DURCH INVESTITION

- Mindestens 50 Milliarden Euro pro Jahr für Zukunftsinvestitionen (z.B. Quantentechnik, Künstliche Intelligenz, Wasserstoff) ausgeben

BILDUNG

- Rechtsanspruch auf ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter einführen
- Digitale Endgeräte und Zugang zum Internet für alle Schüler*innen
- Ausbildungsgarantie für junge Berufseinsteiger*innen geben
- BAföG verbessern:
 - Ausweitung der Förderansprüche
 - Schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss
 - Altersgrenzen aufheben



FAMILIEN UND KINDER

- Für mehr Familienzeit sorgen mit dem Vier-Säulen-Modell >>
- Kindergrundsicherung einführen:
 - Gebührenfreie Kitas
 - Höhe des Kindergelds sozial gerecht nach Unterstützungsbedarf der Familie

>> Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit

1.
Direkt nach der Geburt gibt es zwei Wochen Elternschaftszeit für den Vater bzw. den/die Partner*in.

2.
Wir wollen die Familienarbeitszeit einführen. Dabei handelt es sich um eine flexible, geförderte Elternzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes. Wenn beide Eltern gleichzeitig oder Alleinerziehende etwas weniger als Vollzeit arbeiten, bekommen sie je zehn Monate ElterngeldPlus (in Höhe zwischen 200 und 900€). Dies kann bis zum 8. Geburtstag des Kindes in Anspruch genommen werden.

3.
Es gibt dauerhaft mehr Kinderkrankentage: 20 Tage pro Kind und Elternteil, bei mehr als zwei Kindern max. 45 Tage pro Elternteil (bei Alleinerziehenden 90 Tage).

4.
Wir wollen die Familienpflegezeit einführen. Wenn jemand seine Arbeitszeit reduziert, um einen nahen Angehörigen zu pflegen (mindestens Pflegegrad 2), gibt es vom Staat 15 Monate Unterstützung in Form von Lohnersatz.

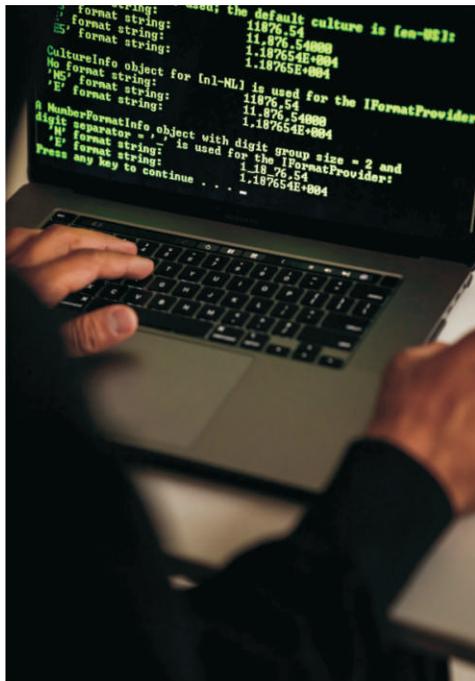
AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

DIGITALISIERUNG

- **Schnellen, sicheren und bezahlbaren Internetzugang für alle ermöglichen: mindestens ein Gigabit pro Sekunde, Sozialtarif für Menschen mit geringem Einkommen**
- **Alle Leistungen der Verwaltung digital anbieten**
- **Diskriminierung bestimmter Gruppen durch Computerprogramme und Algorithmen gesetzlich verbieten >>**
- **Keine Klarnamenpflicht im Netz >>**

>> Diskriminierung bestimmter Gruppen durch Computerprogramme und Algorithmen verbieten

Immer mehr Unternehmen setzen verstärkt auf algorithmische Entscheidungssysteme (AES), z.B. bei der Kreditvergabe oder bei Personalentscheidungen. Diese Systeme greifen auf Daten zu, analysieren diese, deuten die Ergebnisse der Analyse und empfehlen auf dieser Basis eine Entscheidung. AES werden eingesetzt, um menschliche Entscheidungsprozesse zu unterstützen – oder sogar zu ersetzen.



Wenn die Daten, auf die die Algorithmen zurückgreifen, gesellschaftliche Ungleichbehandlung und Stereotype abbilden, reproduziert der Algorithmus diese. Insbesondere, wenn für die Entscheidung im Grundgesetz geschützte Merkmale wie Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft, Religion, sexuelle Orientierung oder Behinderungen für die Entscheidung genutzt werden, können einzelne Menschen oder ganze Personengruppen diskriminiert werden.

Das wollen wir verhindern. Wenn Algorithmen über das Leben und die Chancen von Menschen mitentscheiden, dürfen sie nicht diskriminieren. Deswegen setzen



wir uns für Algorithmen ein, die vorurteilsfrei programmiert sind und auf diskriminierungsfreien Daten basieren. Um sicherzustellen, dass keine Diskriminierung stattfindet, soll eine regelmäßige Überprüfung und Zertifizierung stattfinden.



MOBILITÄT/VERKEHR

- **ÖPNV verbessern:**
 - **Barrierefreie Bahnhöfe und Haltestellen**
 - **Klimaneutrale Busse und Bahnen (bis 2030)**
 - **365-Euro-Ticket/Modellprojekte für ticketfreien Nahverkehr**
- **Schiengüterverkehr und Binnenschifffahrt fördern (statt Güterverkehr per LKW)**
- **15 Mio. E-Autos in Deutschland bis 2030**

>> Keine Klarnamenpflicht im Netz

Die CDU hat sich Anfang 2020 für eine Klarnamenpflicht im Netz ausgesprochen, um Hass und Hetze zu vermeiden. Die Annahme: Wer sich nicht hinter einem Pseudonym verstecken kann, wird sich eher an die Regeln halten. Das ist allerdings fraglich. Viele Hasskommentare werden auch jetzt unter dem Klarnamen gepostet und ein entsprechendes Gesetz, das 2007 in Südkorea eingeführt wurde, wurde fünf Jahre später wieder aufgehoben, da es nicht den gewünschten Effekt hatte.

Allerdings würde ein Gesetz für eine Klarnamenpflicht z.B. Aktivist*innen und Journalist*innen zu potenziellen Zielen von (digitaler) Gewalt machen. Menschen müssen die Entscheidungsfreiheit haben, ob sie ihren Namen nennen oder ein Pseudonym nutzen, wenn sie sich z.B. in Foren über (psychische) Erkrankungen austauschen. Die anonyme und pseudonyme Nutzung des Internets ist eine wichtige Voraussetzung für freie Meinungsäußerung und der beste Schutz vor Diskriminierung. Deshalb sind wir gegen eine Klarnamenpflicht.

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

GESUNDHEITSSYSTEM

- Für ein flächendeckendes Krankenhaus- und Notfallversorgungssystem und bessere psychotherapeutische Versorgung sorgen
- Alters- und Geschlechtsspezifische Medizin fördern >>
- Bürgerversicherung einführen >>
- Gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne im Gesundheitswesen schaffen
- System der Fallpauschalen kritisch prüfen, überarbeiten und ggf. abschaffen (insbesondere bei Kinder- und Jugendmedizin)

>> Geschlechtsspezifische Medizin fördern

Männer und Frauen unterscheiden sich bzgl. ihrer Gene und Sexualhormone, aber auch hinsichtlich erlernter sozialer Rollenmuster.

So haben Frauen beispielsweise aufgrund des Östrogens ein höheres

Risiko für Autoimmunerkrankungen, während Männer aufgrund des Testosterons ein höheres Risiko für Herzerkrankungen haben.

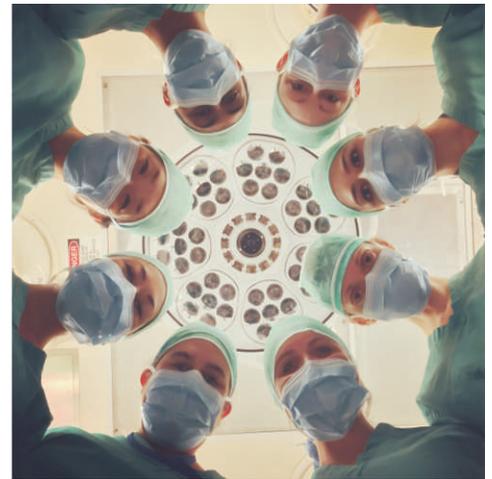
Aber auch dieselbe Erkrankung zeigt sich oft bei Männern und Frauen mit unterschiedlichen Symptomen. Ein Herzinfarkt äußert sich bei Männern durch Schmerzen im linken Arm oder der Brust, während Frauen meist unter weniger eindeutigen Symptomen wie Bauchschmerzen, Übelkeit und Schlafstörungen leiden. Bei Männern wird hingegen eine Depression oft nicht erkannt, da sie nicht typisch



depressive Symptome wie Niedergeschlagenheit schildern, sondern eher Aggression, Müdigkeit und erhöhten Alkoholkonsum. Auch Medikamente wirken bei Männern und Frauen unterschiedlich. Da sich Muskelmasse, Körpergewicht, Körperfett und Wasseranteil je nach Geschlecht unterscheiden, erfolgt die Verteilung und der Abbau von Medikamenten im Körper bei Frauen anders als bei Männern.

Allerdings werden diese geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Forschung und der praktizierten Medizin oft nicht berücksichtigt, was zum Teil fatale Folgen haben kann. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die biologischen (und sozialen) Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Medizin in Praxis, Forschung und Lehre berücksichtigt werden.

Alle diese Unterschiede werden in der Medizin in Praxis, Forschung und Lehre berücksichtigt werden.



>> Bürgerversicherung einführen

Ein gutes Gesundheitssystem braucht eine stabile und solidarische Finanzierung. Deshalb wollen wir eine solidarische Bürgerversicherung einführen, die das System aus GKV und PKV ersetzt. Das Ziel ist, dass alle einen gleich guten Zugang zu medizinischer Versorgung haben, denn die Versorgungsqualität darf nicht vom Einkommen der Versicherten abhängen. Die neue Bürgerversicherung soll für alle gelten und alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdecken.

Die Beiträge zur Bürgerversicherung werden zu gleichen Teilen von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen gezahlt. Versicherte können ihre Versicherung frei wählen und die Versicherungen müssen jede*n ohne Gesundheitsprüfung aufnehmen. Zusatzbeiträge werden abgeschafft. Die beitragsfreie Familienversicherung für Ehepartner*in und Kinder bleibt bestehen. Für Beamte*innen mit Beihilfe gibt es einen eigenen Tarif, der die Restkosten deckt. Die Beihilfe selbst bleibt bestehen. Chronisch kranke Menschen werden außerdem bei den Zuzahlungen entlastet. Das Sachleistungsprinzip aus der GKV wird beibehalten, d.h. die Versicherten erhalten medizinische Leistungen, ohne dafür in Vorkasse gehen zu müssen.

WOHNEN

- 400.000 neue Wohnungen pro Jahr bauen, 100.000 davon im sozialen Wohnungsbau
- Mietendeckel einführen >>

>> Mietendeckel einführen

Mieten machen gerade für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen einen großen Teil ihrer Ausgaben aus. Steigende Mieten führen dazu, dass vielen Menschen immer weniger zum Leben bleibt. Die SPD will die Mietkosten senken, indem sie dafür sorgt, dass massiv neue Wohnungen gebaut werden. Pro Jahr sollen mindestens 400.000 neue Wohnungen entstehen, davon 100.000 Sozial-

wohnungen. Durch die Schaffung neuen Wohnraums wollen wir so die Mietpreise dauerhaft senken.

Aber das geschieht natürlich nicht über Nacht. Deshalb werden wir in Gebieten, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, einen Mietendeckel durchsetzen. Dort dürfen Mieten dann zeitlich begrenzt nicht stärker steigen als die Inflation.



»» Warum Bürgergeld besser ist als Hartz IV

Mit der Einführung von Hartz IV sollten Arbeitslose "gefordert und gefördert" werden, um die hohe Arbeitslosigkeit zu verringern. Dieses Ziel wurde auf dem Papier erreicht. Die Arbeitslosenzahl sank – allerdings wurde gleichzeitig ein großer Niedriglohnsektor etabliert, der mittlerweile 20-25% der Beschäftigten umfasst. Zudem tauchen viele Menschen, die eine Arbeit suchen, nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auf (2017 waren es 600.000 Menschen). Wer einen Ein-Euro-Job hat, an Bildungs-, Wiedereingliederungs- oder Trainingsmaßnahmen teilnimmt oder krank ist, gilt nicht als arbeitslos. Die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, die eigentlich dazu gedacht sind, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sind teilweise absurd: eine Murmelbahn bauen, basteln, Mandalas ausmalen oder mit Lamas spazieren gehen.

Hartz-IV-Empfänger*innen sind verpflichtet an diesen Maßnahmen teilzunehmen, da ihnen sonst bis zu 30% der Leistungen (bis zu einem Verfassungsgerichtsurteil in 2019 waren es in Extremfällen sogar bis zu 100%) gekürzt werden können – wohl gemerkt vom Existenzminimum, unter dem ein menschenwürdiges Leben nicht möglich ist.

Dass viele Maßnahmen die Betroffenen nicht fördern, sondern ihnen eher die Arbeitssuche erschweren, hat selbst der Bundesrechnungshof 2017 festgestellt:

„Die Jobcenter [haben] in einem erheblichen Teil der geprüften Fälle [die] unverzügliche Eingliederung nicht gefördert, sondern sogar gefährdet.“

Statt Langzeitarbeitslose bei langfristigen Umschulungen und Weiterbildungen zu unterstützen, die zu einem anerkannten Abschluss führen – eine solche Maßnahme erhält nur eine*r von 100 Leistungsempfänger*innen –, bieten Jobcenter hauptsächlich kurzfristige Weiter-

bildungsmaßnahmen an, welche die Chancen auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern. Dafür gibt der Staat im Jahr etwa 1 Mrd. € aus. Pro Teilnehmer*in erhalten Anbieter*innen von Bildungsmaßnahmen etwa 1.900€. Dabei helfen diese Maßnahmen kaum dabei, Arbeitslosen wieder einen Job zu verschaffen.

Laut dem eigenen Forschungsinstitut der Arbeitsagentur sank die Wahrscheinlichkeit, weiterhin Hartz IV zu beziehen, bei westdeutschen Teilnehmer*innen einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung um 0,5% und bei ostdeutschen Teilnehmer*innen hatte eine solche Maßnahme gar keine Auswirkung.

Hartz IV hat also nicht dabei geholfen, Langzeitarbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen.

Statt Menschen mit der Androhung von Sanktionen zu sinnlosen Maßnahmen und schlecht bezahlten Hilfsjobs zu zwingen, sollten Menschen bei der Weiterbildung und Umschulung unterstützt werden, damit sie eine gute Arbeit finden, die sie langfristig ausüben können.

Deshalb möchte die SPD Hartz IV abschaffen und das Bürgergeld einführen.

Wir wollen Menschen mit zugewandter Beratung, mit Qualifizierungsmaßnahmen, die zu anerkannten Abschlüssen führen, und mit Sozialarbeit helfen, aus der Langzeitarbeitslosigkeit zu kommen.

Sanktionen werden abgeschafft, denn ein Existenzminimum darf nicht gekürzt werden.

Stattdessen werden wir Anreize schaffen, indem engagierte Erwerbslose mit Zuschüssen belohnt werden.

Eine Weiterbildung oder das Nachholen eines Schul- oder Berufsabschlusses ist sinnvoller als eine überstürzte Vermittlung in schlecht bezahlte Hilfsjobs.

Statt Arbeitslose kurzfristig zu vermitteln,

damit sie möglichst schnell nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen, wollen wir Menschen langfristige Perspektiven für eine gute Arbeit verschaffen.



Wir wollen Erwerbslosen dabei helfen, eine Arbeit zu finden, die ihren Interessen, ihrem Qualifikationsniveau und ihren Neigungen entspricht und sie nötigenfalls bei der Aus- und Weiterbildung unterstützen. Um Menschen zur Weiterbildung zu motivieren, gibt es einen Weiterbildungs-Bonus zusätzlich zum Regelsatz.

Beim Bürgergeld werden Einkünfte aus Ferienjobs von Schüler*innen ebenso nicht mehr als Einkommen angerechnet wie Entschädigungen für ehrenamtliche Arbeit. Auch die Kommunikation zwischen Ämtern und Bürger*innen soll im Rahmen des Bürgergelds verbessert werden. Bescheide sollen so formuliert sein, dass sie jede*r versteht.

Die Regelsätze im neuen Bürgergeld sollen zu einem Leben in Würde ausreichen und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Es darf nicht passieren, dass eine kaputte Waschmaschine oder eine neue Winterjacke zur untragbaren Last werden. Deshalb werden wir die Kriterien zur Berechnung zusammen mit Betroffenen und Sozialverbänden überarbeiten.

Pia Pellmann



SOZIALE GERECHTIGKEIT

- **Bürgergeld einführen (statt Hartz IV/Grundsicherung) »»**
- **Recht auf Förderung beim Nachholen eines Berufsschulabschlusses einführen**
- **Housing First umsetzen »»**
- **(Mindestens) 12 Euro Mindestlohn einführen**
- **Eigenanteil für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen deckeln**

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

>> Paragraf 219a abschaffen

Der Paragraf 219a im StGB verbietet „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“. Er umfasst jedoch nicht nur Werbung, sondern fast jegliche Art der Information. Vor einer Gesetzesänderung 2019 durften Ärzt*innen und Krankenhäuser z.B. auf ihrer Internetseite nicht darüber informieren, dass sie Abtreibungen durchführen. Dies ist jetzt zwar erlaubt, allerdings bleiben weitere Informationen wie die Art des Schwangerschaftsabbruchs verboten. Durch das Werbeverbot wird ungewollt Schwangeren der Zugang zu Abtreibungen und zu wichtigen Informationen zum Thema erschwert und Abtreibungsgegner*innen die Möglichkeit gegeben, Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, gezielt anzuzeigen.

Für die SPD steht das Selbstbestimmungsrecht der Frau im Vordergrund. Wir setzen



GLEICHSTELLUNG

- Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen bis 2030
- Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz für von Gewalt betroffene Frauen schaffen
- Kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln schaffen und Erforschung von Verhütungsmitteln für Männer fördern
- Paragraf 219a abschaffen >>
- Diskriminierungsverbot wegen geschlechtlicher und sexueller Identität in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen

uns dafür ein, den Paragrafen 219a abzuschaffen, damit Frauen sich sachlich und seriös bei Fachleuten informieren können, ohne dass diese eine Freiheitsstrafe fürchten müssen.

Zudem sollten Schwangerschaftsabbrüche von öffentlich finanzierten Krankenhäusern als Grundversorgungsleistung angeboten werden, damit

ungewollt Schwangere keine langen Wege und Wartezeiten auf sich nehmen müssen.



>> Initiativrecht für das EU-Parlament einführen

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Trotzdem besitzt es – im Gegensatz zu den meisten nationalen Parlamenten – kein Initiativrecht. Dies bedeutet, dass das Europäische Parlament keine eigenen Gesetzesvorschläge zur Abstimmung einbringen kann. Dieses Recht hat bisher nur die EU-Kommission.

Die SPD will das ändern und dem Europäischen Parlament die Möglichkeit geben, selbst Gesetzesvorschläge einzubringen.



EU

- Rahmen schaffen für eine gemeinsame Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Verteidigungspolitik in Europa
- Mehrheitsentscheidungen statt Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerfragen und in der Außenpolitik einführen (einzelne Staaten können dann Entscheidungen nicht mehr blockieren)
- EU-weite Mindestlöhne und Mindeststandards an europäische Grundversicherungssysteme und Gesundheitsversorgung einführen
- Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen Rechtsstaatlichkeit konsequent umsetzen und verschärfen
- Funktionsfähiges Europäisches Asylsystem aufbauen (Dublin-Verfahren reformieren): solidarischen Verteilungsmechanismus und legale Migrationswege schaffen
- Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen
- Initiativrecht für das EU-Parlament einführen >>

>> Housing First umsetzen

Housing First ist der Ansatz, Obdachlosigkeit dadurch zu bekämpfen, den Betroffenen zuallererst und ohne Vorbedingungen eine eigene Wohnung zu bieten, in welcher sie dauerhaft leben können. Im Anschluss an die Unterbringung in einer Wohnung werden die Betroffenen dann durch weitere Hilfsangebote – zum Beispiel bei der Arbeitssuche, psychologischer Betreuung, etc. – unterstützt.

Dass das Konzept wirkt, zeigt sich überall dort, wo es bereits praktiziert wird. Es hat sich als sehr effektiv darin erwiesen, Menschen dauerhaft aus der Obdachlosigkeit

zu holen. Gleichzeitig reduziert es die Kosten für die Allgemeinheit, da Housing-First-Programme z.B. nachweislich die



Zahl von medizinischen Notfällen reduzieren. Vor allem aber behandelt es die Betroffenen mit Würde, indem sie ohne Vorbedingung eine dauerhafte eigene Wohnung erhalten, anstatt sich erst durch die deutsche Bürokratie kämpfen zu müssen.

Ein gutes Beispiel dafür, dass Housing First funktioniert, ist Finnland. Denn während im Rest Europas die Zahl der Obdachlosen in den vergangenen zehn Jahren um 70% gestiegen ist, kann Finnland seine Obdachlosenzahlen seit Jahren reduzieren. Ziel der finnischen Regierung ist, Obdachlosigkeit bis 2027 komplett zu beenden.

AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

DEMOKRATIE UND SICHERHEIT

- **Wahlalter auf 16 Jahre senken**
- **Einfluss von Lobbyist*innen in Gesetzesentwürfen kennzeichnen**
- **Vereine, Projekte und Initiativen (z.B. gegen Rechtsextremismus) langfristig fördern**
- **Rechtsextremismus in Sicherheitsbehörden und der Bundeswehr bekämpfen**
- **Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Antisemitismus, Rassismus und Femiziden einrichten**

ARBEIT

- **Tarifverträge flächendeckend ausweiten und sachgrundlose Befristung abschaffen**
- **Rechtsanspruch auf mobile Arbeit einführen (mindesten 24 Tage im Jahr bei 5-Tage-Woche)**
- **Gleichen Lohn für Leiharbeiter*innen und Festangestellte festsetzen**
- **Soziale Absicherung für Solo-Selbstständige verbessern >>**
- **Arbeitslosenversicherung zu solidarischer Arbeitsversicherung weiterentwickeln >>**

>> Arbeitslosenversicherung zu solidarischer Arbeitsversicherung weiterentwickeln

Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer solidarischen Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll nicht erst im Fall der Arbeitslosigkeit auf den Plan treten, sondern dabei helfen, diese gar nicht erst entstehen zu lassen. Dafür wollen wir das bisherige Beratungsrecht zu einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung ausweiten.

Im Falle der Arbeitslosigkeit wollen wir einen Leistungsanspruch auf Qualifizierung einführen, welchen alle in Anspruch nehmen können, die nach drei



Monaten im Arbeitslosgeld I keine neue Arbeit gefunden haben. Während einer solchen Qualifizierungsmaßnahme soll für bis zu 24 Monate ein Arbeitslosgeld Q(ualifizierung) gezahlt werden, welches in seiner Höhe dem Arbeitslosgeld I entspricht. So wollen wir die Chancen erhöhen, erneut einen Arbeitsplatz zu finden.

RENTE

- **Stabiles Rentenniveau von mindestens 48 Prozent halten**
- **Rentenalter nicht anheben**
- **Gesetzliche Rentenversicherung für alle einführen (inkl. Beamt*innen, Selbstständige, Mandatsträger*innen)**
- **Geschlechtergerechte Rente: familienbedingte Tätigkeiten (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen) berücksichtigen**

INTEGRATION

- **Anspruch auf Integrations- und Sprachkurse für alle zugewanderten Menschen (unabhängig vom Aufenthaltsstatus) schaffen, Kinder sollen sofort in die Kita oder Schule**
- **Dauerhaftes Bleiberecht für gut integrierte Menschen ohne gesicherten Aufenthalt schaffen**
- **Modernes Staatsangehörigkeitsrecht einführen:**
 - **Generelle Möglichkeit von Mehrstaatigkeit**
 - **Hürden für Einbürgerung abbauen**



>> Soziale Absicherung für Solo-Selbstständige verbessern

Wir wollen die Absicherung von Solo-Selbstständigen in Künstlersozialversicherungen, Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern. Der Zugang zur freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung soll vereinfacht werden. Außerdem führen wir eine grundsätzliche Pflicht zur Altersvorsorge ein und integrieren Selbstständige schrittweise in die gesetzliche Rentenversicherung. Unser Ziel ist es, einkommensabhängige Beiträge zur Krankenversicherung auch für Selbstständige einzuführen. Darüber hinaus soll ein Sicherungsgeld geschaffen werden, das bei unvorhersehbaren erheblichen Einnahmeausfällen ausgezahlt wird, wenn Selbstständige dadurch in Not geraten.



AUS DEM SPD-WAHLPROGRAMM

FINANZIERUNG DER VORHABEN

- **Steuern für die Mehrheit der Bürger*innen senken:**
 - **Kleine und mittlere Einkommen entlasten**
 - **Gegenfinanzierung durch höhere Besteuerung der oberen 5% der Einkommen sowie eine Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1% für sehr hohe Vermögen**
- **Finanztransaktionssteuer einführen**
- **Mindestbesteuerung in Deutschland und Europa für internationale Konzerne umsetzen**



Windenergie in Telgte

Am 10. Juni brachte die Verwaltung im Ausschuss für Planen, Bauen und Umland eine Vorlage ein, ein Verfahren anzustoßen, um die bisherige Planung der Flächen, auf welchen Windkraftanlagen gebaut werden dürfen, aufzuheben. Ziel dieser Maßnahme ist es, den Bau weiterer Windkraftanlagen in Telgte zu ermöglichen. Doch was genau bedeutet die Vorlage der Verwaltung überhaupt?

Ziel der Vorlage ist es, die Art zu ändern, wie die Stadt Telgte die Zulassung neuer Windkraftanlagen regelt.

Denn grundsätzlich hat eine Gemeinde zwei Möglichkeiten, wie sie hier vorgehen kann:

Zunächst kann sie selbst eine aktive Planung vornehmen. Dabei legt sie durch die Ausweisung sogenannter Konzentrationszonen Flächen fest, auf welchen Windkraftanlagen gebaut werden können. In diesem Fall hat die Gemeinde also selbst die Planungshoheit über die Standorte der Windkraftanlagen auf ihrem Gebiet. Damit gehen aber auch ein entsprechender Verwaltungsaufwand und Kosten einher.

Die Alternative hierzu wäre, dass die Gemeinde auf eine eigene Planung verzichtet. In diesem Fall ist die Errichtung von Windkraftanlagen im gesamten Außenbereich der Gemeinde zulässig, soweit gesetzliche Vorgaben wie zum Beispiel Mindestabstände zu Siedlungen und Naturschutzgesetze dies zulassen. Die Genehmigung neuer Windkraftanlagen erfolgt dann durch den Kreis. In diesem Fall entfällt also der Aufwand für die Gemeinde. Sie hat dann aber auch entsprechend keine Möglichkeiten mehr, Einfluss auf die Entwicklung vor Ort zu nehmen.

Beide Varianten haben somit ihre Vor- und Nachteile. Die Stadt Telgte nimmt bisher eine eigene Planung vor. Hierfür hat sie zwei Konzentrationszonen ausgewiesen. Diese sind jedoch bereits vollständig bebaut.

Deshalb muss die Politik tätig werden, wenn es einen weiteren Ausbau der Windkraft geben soll.

Die Vorlage der Verwaltung sieht nun vor, in Zukunft auf eine eigene Planung zu verzichten. Damit muss der Rat nun abwägen, wie die Stadt zukünftig vorgehen will. Soll sie die bisherige aktive Planung beibehalten oder auf diese verzichten und stattdessen Kosten einsparen?

Die Entscheidung hierüber haben CDU, FDP und SPD zunächst gemeinsam vertagt, da aus Sicht der Mitglieder der drei Fraktionen noch zentrale Informationen fehlen, um über die Vorlage entscheiden zu können. Hierbei handelt es sich zunächst einmal um die Frage, welche Flächen überhaupt durch die Aufgabe der



Konzentrationszonen-Planung für den Bau von Windkraftanlagen in Frage kommen könnten. Gerade durch die neuen Regelungen der Landesregierung ist hier nämlich noch völlig unklar, ob und in welchem Umfang Flächen zur Verfügung stehen. Ein anderer wichtiger Punkt ist die Frage, welche Auswirkungen die Aufhebung der aktuellen Höhenbegrenzung von 100 Metern für Windräder innerhalb der bestehenden Konzentrationszonen

der bestehenden Konzentrationszonen hätte. Einige der Windkraftanlagen müssen demnächst ohnehin erneuert werden und wenn diese durch größere und leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden könnten ("Repowering"), könnte auch das zu einer erheblichen Steigerung der Windenergieerzeugung in Telgte führen.

Es gibt also nicht nur die Optionen, die eigene Planung fallen zu lassen, um weitere Anlagen zu ermöglichen oder den Status quo beizubehalten und damit den Windkraftausbau zu verhindern. Es besteht auch die Möglichkeit, weiterhin eine eigene Planung zu betreiben, diese aber so anzupassen, dass ein Ausbau der Windkraftenergieerzeugung in Telgte möglich wird. Dies könnte dann zum Beispiel durch eine gezielte Erweiterung der Konzentrationsflächen oder eben durch die Ermöglichung von Repowering erfolgen. Der entscheidende Vorteil aus Sicht der SPD ist hierbei, dass die Stadt den Ausbau der Windkraft im Dialog mit den Bürger*innen selbst gestalten könnte, anstatt die Verantwortung aus der Hand zu geben und gegebenenfalls zusehen zu müssen, wie Windkraftanlagen gegen die Interessen der Bürger*innen durchgesetzt werden.

Der Entschluss, die Entscheidung über die Vorlage zu vertagen, entstand also aus der Absicht heraus, uns zunächst fundiert über das Thema zu informieren, bevor wir eine abschließende Entscheidung treffen. Die SPD setzt sich grundsätzlich für den Ausbau der Windenergie ein und steht selbstverständlich zum Ziel der Klimaneutralität. Klar ist, dass ein weiterer Ausbau der Windenergie auch in Telgte stattfinden muss.

Aber aus unserer Sicht wird dies am besten gelingen und am meisten Akzeptanz finden, wenn er durch einen möglichst breiten Konsens mit den Bürger*innen getragen wird.

Klaus Resnischek

Ein autofreier Marktplatz für Telgte?



Die Stadt Telgte hat 2020 beschlossen, einen sogenannten „Masterplan Altstadt 2025“ zu erstellen, um eine lebendige Altstadt für die Zukunft zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu wurde eine Lenkungsgruppe aus Vertretern der politischen Fraktionen, der Hanse und der Verwaltung eingerichtet und im vergangenen Winter eine Befragung der Bürger*innen und Besucher*innen zu ihren Wünschen und Ideen für die Telgter Altstadt durchgeführt.

Von knapp 750 Befragten äußerten sich 154 zum Thema Verkehr in der Altstadt. Bei 64% der dazu geäußerten Wünsche handelt es sich um weniger oder sogar keinen Autoverkehr in der Altstadt bzw. am Marktplatz, während sich 21% mehr Parkplätze im Innenstadtbereich wünschen.

Auf einen Bürgerantrag hin wurde am 15. Juni die Sperrung des Marktplatzes für den Autoverkehr im Haupt- und Wirtschaftsförderungsausschuss diskutiert. Die Entscheidung darüber wurde vertagt, um offene Frage zu klären wie: Welche verkehrlichen Auswirkungen hätte eine Sperrung des Marktplatzes für Autos? Mit welchen Kosten muss die Stadt rechnen und wie hoch wäre der (Kontroll-) Aufwand?

Da eine Sperrung des Marktplatzes möglicherweise Teil des „Masterplans Altstadt 2025“ sein könnte, der aktuell noch erarbeitet wird, wurde entschieden, das

fertige Handlungskonzept abzuwarten und dann darüber im Ganzen abzustimmen. Sollte die Sperrung des Marktplatzes kein Teil des Konzepts sein, wird das Thema wieder aufgegriffen und darüber abgestimmt. Während eine

Entscheidung also noch aussteht, wird das Thema bei den Telgter*innen – und auch bei uns in der SPD – heiß diskutiert. Wir haben zwei unserer Mitglieder nach ihrer Meinung gefragt.

CONTRA

Der Marktplatz in Telgte ist ein beliebter Treffpunkt – dort sind Restaurants, Cafés, Geschäfte und die Volkshochschule, aber auch ärztliche und physiotherapeutische Praxen sowie Apotheken.

Es ist ein Ort, der für alle Bürger*innen zugänglich sein sollte.

Wenn der Marktplatz für den Autoverkehr gesperrt würde, müssten Bürger*innen, die sonst mit dem Auto dorthin fahren, außerhalb parken und zu Fuß zum Marktplatz laufen – das ist aber nicht für jede*n möglich. Gerade durch das Kopfsteinpflaster in der Altstadt wird der Weg noch beschwerlicher für Menschen mit Rollator oder Rollstuhl. Somit würden diese Menschen in ihrer sozialen Teilhabe eingeschränkt.

Während man für Menschen mit Gehbehinderung womöglich noch eine Lösung durch Ausnahmegenehmigungen schaffen könnte, würden Menschen

mit temporären Einschränkungen wie z.B. einem gebrochenen Bein ausgeschlossen.

In der Altstadt befindet sich die große Mehrheit der ärztlichen und physiotherapeutischen Praxen.

Wenn diese nicht mehr mit dem Auto erreicht werden können, verlieren sie Patient*innen – und noch schlimmer: Die Patient*innen müssen sich neue Behandler*innen suchen und gegebenenfalls längere Anfahrtswege in Kauf nehmen. Deshalb darf der Marktplatz – zumindest unter der Woche – nicht für den Autoverkehr gesperrt werden.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Telgter*innen ist wichtiger als das Altstadtflair.

Paul Pellmann

PRO

Bei der Diskussion gilt es sich zunächst bewusst zu machen, welche Bedeutung der Marktplatz für Telgte hat.

Der Marktplatz ist mit seinen geschichtsträchtigen Gebäuden Dreh- und Angelpunkt der historischen Altstadt und des innerstädtischen Lebens.

Er ist ein Treffpunkt – sowohl für die Bürger*innen der Stadt als auch für die Vielzahl von Tourist*innen. Zentral ist hierbei die Aufenthaltsqualität des Platzes. Diese wird bestimmt durch Anziehungspunkte wie Gastronomie und Geschäfte. Gern lassen sich die Menschen auf den Plätzen der Außengastronomie nieder oder sie flanieren entlang der Geschäfte. Störend für die Aufenthaltsqualität ist der Autoverkehr. Immer wieder müssen Passanten und Radler*innen Platz machen für Autos und Lieferwagen, die teilweise ohne abzubremsen um die Ecke von der Bahnhofstraße auf den Marktplatz fahren, der nur schwer einsehbar ist.

Besonders in den Sommermonaten, wenn der Platz von Fahrradtouristen gut gefüllt ist, ist der Autoverkehr störend und manchmal sogar gefährlich.

Die Telgter Altstadt mit dem Marktplatz ist ein liebenswerter Anziehungspunkt, mit dem die Stadt sich von den Umlandgemeinden abhebt und zum Bummeln einlädt.

Damit dies so bleibt, ist die Sperrung des Marktplatzes für den Autoverkehr unabdingbar.

Hermann Möllers



SPD

Soziale Politik für Dich.



... im Herzen von Telgte

Besuchen Sie uns zum gemütlichen Abendessen, sonntäglichen Frühstücksbrunch oder zu Ihren persönlichen Feiern aller Art.

Wir freuen uns auf Sie!

Steinstraße 26 · 02504 3037
www.mittendrin-telgte.de · info@mittendrin-telgte.de

Es ist Ihr roter Faden!

Der rote Faden soll Ihnen alle Informationen zur SPD und ihren Zielen liefern. Uns ist es wichtig, dass Sie umfassend informiert sind. Deshalb interessiert uns:

Welche Themen sind für Sie wichtig?
Haben Sie Fragen an die SPD Telgte / Westbevern?
Möchten Sie mit Ihrer Meinung zum roten Faden beitragen?

Schreiben Sie einen Leserbrief, schicken Sie uns Fragen, Anregungen, Kritik oder nennen Sie uns die Themen, zu denen die SPD im roten Faden Stellung beziehen soll.
Sie erreichen uns unter:

spd.telgte+Leserbrief@gmail.com

Impressum

Herausgeber:

SPD Ortsverein Telgte/Westbevern

Redaktionelle Verantwortung:

Klaus Resnischek

Chefredakteurin:

Pia Pellmann

Stellvertretender Chefredakteur:

Alexander Holthaus

Gestaltung:

Paul Pellmann

Autor*innen:

Bernhard Daldrup
Alexander Holthaus
Björn Jung
Hermann Möllers
Paul Pellmann
Pia Pellmann
Klaus Resnischek

Zusammenfassung des Wahlprogramms und Erläuterungstexte:

Alexander Holthaus
Pia Pellmann

Fotos von Bernhard Daldrup:

Elias Domsch

“Masterplan Schule”: Mehr Transparenz bei der Modernisierung und Erweiterung der Schulgebäude

An den Telgter Schulen ist der Platz schon lange zu knapp. Das ist ein bekanntes Problem. Um die Telgter Schulen und ihre Gebäude zukunftsfähig aufzustellen, wurde gemeinsam mit allen Beteiligten eine Raumbedarfsplanung für jede einzelne Schule erstellt. Bis dato ging richtigerweise die Priorisierung aller Schulbaumaßnahmen stets mit der Frage der Unterbringung zusätzlicher Klassen in der Don-Bosco-Schule, die dreizügig wird, und im Schulzentrum einher.

Unabhängig von der Schaffung des zusätzlichen Schulraums steht für die Brüder-Grimm-Schule und die Marienschule nun die Frage im Raum, wann diese Schulen mit einer Erweiterung bzw. Erhöhung der Schulgebäude rechnen können. Dort sind dringend Modernisierungsmaßnahmen nötig, um die Räumlichkeiten den heutigen Standards der Pädagogik anzupassen. Auch wann die

Sanierung der Pausenhalle der Sekundarschule und die Vergrößerung des Mensa- bzw. Pausenbereichs am Schulzentrum erfolgt, ist unklar.

Aus diesem Grund hat die SPD im März im Rat die Erstellung eines „Masterplan Schule“ gefordert. In diesem sollen alle baulichen Maßnahmen der einzelnen Schulstandorte aufgelistet und priorisiert werden.

Dadurch würde ein Gesamtkonzept zur Erweiterung, Sanierung und Instandhaltung der Schulen unter der Berücksichtigung der Räumlichkeiten und der Bedürfnisse aller Beteiligten entstehen.

Der Plan soll jährlich aktualisiert werden, sodass ersichtlich ist, für welche Maßnahmen Gelder im Haushalt des kommenden Jahres vorgesehen sind und

welche Maßnahmen erst in den Folgejahren umgesetzt werden können. Auf diese Weise könnten Schüler*innen, Eltern und Schulen abschätzen, in welchem Zusammenhang die Maßnahmen am eigenen Schulstandort im Vergleich zu allen anderen baulichen Veränderungen an den Schulen in Telgte stehen.

Dies würde ein gutes Maß an Transparenz und Planbarkeit schaffen.

Anscheinend ist Transparenz für die Bürger*innen aus Sicht der anderen Parteien jedoch nicht notwendig, denn unser Antrag wurde abgelehnt. Wir werden uns aber weiterhin für Transparenz und Planungssicherheit bei der Erweiterung und Modernisierung der Telgter Schulen einsetzen.

Björn Jung



Piesers Gasthaus

Grevener Straße 125, 48291 Telgte

Tel. 02504 82 01

Öffnungszeiten

Mittwoch - Samstag 17:00 Uhr - 22:30 Uhr

Sonntag 11:30 Uhr - 14:30 Uhr // 17:00 Uhr - 22:30 Uhr

Was haben wir seit der Kommunalwahl in Telgte erreicht?

Seit der Kommunalwahl ist knapp ein Jahr vergangen. Daher ist dies ein guter Zeitpunkt, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Wir haben uns in unserem Wahlprogramm hohe Ziele gesetzt und obwohl wir eine der beiden kleineren Fraktionen im Rat sind, haben wir einiges erreicht. Ob Bildung, Wohnen oder Soziale Gerechtigkeit – hier möchten wir einmal kurz vorstellen, bei welchen Punkten aus unserem Wahlprogramm wir schon vorangekommen sind:

Schulgebäude räumlich erweitern

Die Don-Bosco-Schule wird ab dem Schuljahr 2022/23 dreizügig. Somit sind dort Erweiterungsmaßnahmen am dringendsten, weshalb die Errichtung eines Neubaus mit neuen Klassen-, Differenzierungs- und Teamräumen vom Rat der Stadt beschlossen wurde (Kosten: knapp 5,5 Mio. €).

Auch das Maria-Sibylla-Merian-Gymnasium braucht aufgrund der wachsenden Zahl an Schüler*innen, des Wechsels von G8 zu G9 und der geänderten pädagogischen Anforderungen an Unterrichts-räume bereits im kommenden Schuljahr weitere Räume. Ein Erweiterungsbau soll bis spätestens zum Schuljahr 2024/25 realisiert werden (Kosten: 6,7 Mio. €). Der Rat der Stadt hat einstimmig beschlossen, noch in diesem Jahr einen Planungswettbewerb für den Neubau durchzuführen, damit dieses Ziel möglichst schnell erreicht werden kann. Bis zur Fertigstellung des Erweiterungsbaus werden die Schüler*innen übergangsweise in Containern unterrichtet.

Neben dem Erweiterungsbau sind auch Umbauten in den Bestandsgebäuden des Gymnasiums und der Sekundarschule sowie Baumaßnahmen an der Brüder-Grimm- und der Marienschule nötig. Wann diese durchgeführt werden, ist völlig unklar. Daher setzen wir uns für einen „Masterplan Schule“ ein (s. Seite 17).

OGS-Gebühren abschaffen für Familien mit geringem Einkommen

Seit Jahren haben wir gefordert, dass Familien mit niedrigem Einkommen (bis 25.000 € im Jahr) vollständig von den Gebühren für die OGS und Über-Mittag-Betreuung befreit werden. Dieses Jahr konnten wir unseren Antrag – zusammen mit den Grünen – endlich durchsetzen. Ab dem 01.08.2021 müssen Eltern mit niedrigem Einkommen keine Gebühren für die Betreuung mehr zahlen.

Räumlichkeiten für die OGS anpassen

An der Don-Bosco-Schule gab es einen erheblichen Engpass bei den Plätzen für die OGS und die Über-Mittags-Betreuung für das kommende Schuljahr. Wegen fehlender Räumlichkeiten zur Betreuung stand der Vorschlag der Verwaltung im Raum, mit einem Losverfahren zu entscheiden, welche Kinder aufgenommen werden können. Aus Sicht der SPD war das nicht hinnehmbar. Arbeitende Eltern sind auf die Betreuung ihrer Kinder angewie-

sen und dürfen nicht von der Stadt im Stich gelassen werden. Daher haben wir uns dafür eingesetzt, nach einer Möglichkeit zu suchen, die Kinder doch zu betreuen. Schließlich wurde eine pragmatische Lösung gefunden: Räume im Gerätehaus des nahen Feuerwehrgeländes werden bis



zur Fertigstellung des Neubaus an der Don-Bosco-Schule zur Verfügung gestellt. Durch ein Tor im Zaun zwischen Schul- und Feuerwehrgelände können die Kinder schnell und sicher zu den Räumen gelangen.

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

In allen Bebauungsplänen und größeren Bauprojekten wurde und wird die vom Rat beschlossene Quote von 25% öffentlich geförderten Wohnungen umgesetzt.



Neue Stelle im Bauamt

Zwar nicht im Wahlprogramm, aber trotzdem ein großer Erfolg ist, dass eine neue Stelle für eine*n Architekt*in/Bauingenieur*in im Bauamt geschaffen wurde, damit die Aufgabenerledigung dort zukünftig besser und schneller klappt.

Marode Radwege ausbessern

Marode Radwege mit aufgeplatzttem Asphalt und Schlaglöchern, in denen sich bei Regen tiefe Pfützen bilden, machen das Radfahren nicht nur unkomfortabel, sie können auch, insbesondere bei Dunkelheit, eine echte Gefahr darstellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, diese auszu-

in besonders schlechtem Zustand, weshalb er im Zuge der Sanierungsmaßnahmen ausgebessert wird. Zusätzlich wird ein Fahrradstreifen auf der nördlichen Straßenseite ergänzt. So wird das Radfahren am Münstertor wieder sicher. Auch der südliche Radweg von Telgte nach Münster, der vom Rochus kommend an Pollerts Kreuz in Richtung Pleistermühle führt, wird aktuell ertüchtigt und muss nur noch asphaltiert werden.

R1 ausbauen

Der Europaradweg R1, der von vielen Telgter*innen für die Fahrt zur Arbeit genutzt wird, ist in Teilen in einem sehr schlechten Zustand (s. Roter Faden Nr. 3/2020 S. 5-6). Deshalb forderte die SPD im Wahlprogramm, dass diese Strecke sofort ausgebaut wird. Inzwischen wurde der Ausbau des R1 im Abschnitt auf dem Telgter Stadtgebiet aufgrund unseres Antrages im Finanzausschuss beschlossen.



Fahrradabstellanlagen errichten

An vielen Orten in Telgte gibt es zum Abstellen von Fahrrädern nur einfache Ständer, die das Vorderrad festhalten. Sie bieten nur eine geringe Diebstahlsicherheit, da das Vorderrad einfach abmontiert werden kann, und sind zudem nicht für alle Fahrräder geeignet: So passen z.B. Mountainbikes mit dicken Reifen nicht in die Ständer und schwere E-Bikes können umkippen und dabei Beschädigungen oder Verletzungen verursachen.

Wir haben im Kommunalwahlprogramm angekündigt, uns dafür einzusetzen, dass stattdessen Fahrradabstellanlagen, also im Boden verankerte Bügel, errichtet werden. Dort kann der Rahmen des Fahrrads an den Bügel angeschlossen werden, was die Diebstahlsicherheit erhöht. Zudem steht das Fahrrad so sicher und kann auch beim Beladen mit Einkäufen nicht umkippen. Deshalb haben wir als ersten Schritt beantragt, die alten Fahrradständer im Bereich des Friedhofseingangs

Fortsetzung auf Seite 20 ►

Fortsetzung von Seite 19 ▶

Schritt beantragt, die alten Fahrradständer im Bereich des Friedhofseingangs gegenüber dem Ehrenmal durch Fahrradabstellanlagen zu ersetzen. Die Kosten



sind bereits im Haushalt 2021 enthalten und der Ausschuss für Planen, Bauen und Umland hat in seiner Sitzung am 10.6.2021 dem Antrag der SPD-Fraktion einstimmig zugestimmt.

Neuer Dienstwagen wird ein E-Auto oder Hybrid

Die Stadtverwaltung Telgte verfügt aktuell über zwei Dienstwagen, die mit Diesel fahren. Bei der Anschaffung eines neuen Dienstwagens haben wir erreicht, dass es sich um ein E-Auto oder einen Hybrid handeln wird.

Treffpunkte für Jugendliche einrichten

Neue Treffpunkte für Jugendliche einzurichten, ist ein Anliegen aus unserem

Wahlprogramm. Deshalb haben wir dem Antrag der CDU, eine Trendsportanlage zu errichten, und dem Antrag der Grünen, eine Dirt-Bike-Bahn zu bauen, zugestimmt.

Nahversorgung in Vadrup sichern

Zusammen mit den anderen Parteien unterstützen wir die Arbeitsgruppe um Bernd Hugenroth dabei, die Nahversorgung in Westbevern-Vadrup sicherzustellen. An der Kreuzung Grevener Straße/Zufahrt zur Umgehungsstraße auf dem Gelände des Pferdehofs Schulze Hobbeling soll spätestens in zwei Jahren ein etwa 450 Quadratmeter großer Supermarkt mit Backshop entstehen.

Klimafreundliche Neubauten

Klimafreundliche Neubauten sind ein wichtiger Baustein, um das Klima zu schützen und Energiekosten einzusparen. Deshalb hat der Klimaausschuss beschlossen, dass Käufer*innen von städtischen Grundstücken nur Gebäude errichten dürfen, die mindestens im Standard der ersten Förderstufe der Kreditanstalt für Wiederaufbau – zurzeit KfW-Effizienzhaus 55 – entsprechen. Empfohlen wird, zusätzlich eine Photovoltaikanlage und eine Regenwasserzisterne einzurichten, um Haus und Garten noch klimafreundlicher zu gestalten – beides wird mit einem Zuschuss von 500 € von der Stadt gefördert.

Klimafreundliche Don-Bosco-Schule

Auch der Neubau an der Don-Bosco-Schule wird im klimafreundlichen KfW-Standard 55 errichtet. Eine gleichmäßig ausgebildete hoch-wärmegeämmte Gebäudehülle, die bedarfsabhängige maschinelle Belüftung und die Beheizung durch eine Kombination aus einer effizienten Luft-Wärme-Pumpe, einer Niedrigtemperatur-Fußbodenheizung und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach sorgen für geringe CO₂-Emissionen und eine gute Energiebilanz.

**10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD IST.**

- 1 Kohleausstieg, Klimaschutzgesetz & Milliardenprogramm für Klimaschutz.
- 2 Steuersenkung durch Soli-Abschaffung für 90 % der Beschäftigten.
- 3 Einführung Grundrente & Rentengarantie bis 2025.
- 4 Corona-Hilfspakete & erhöhtes Kurzarbeitergeld.
- 5 Brückenteilzeit & Stärkung des sozialen Arbeitsmarkts.
- 6 Einführung Mindestausbildungvergütung, Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie, Stärkung der Menschenrechte durch Lieferkettengesetz.
- 7 Übernahme von 50 % der Zusatzbeiträge der Krankenversicherung durch Arbeitgeber (vorher 0 %).
- 8 Mehr Kindergeld & Milliardenpaket für gute Kitas.
- 9 Stärkerer Mieterschutz & 5 Milliarden Euro für den Wohnungsbau.
- 10 Aktive Bekämpfung von Steuerhinterziehung/ Steuerbetrug und Schaffung von Transparenz bei Nebeneinkünften von Abgeordneten.

10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD SEIN WIRD.

- 1 Sichere Arbeit, höhere Löhne durch 12 Euro Mindestlohn & mehr Tarifbindung.
- 2 Abschaffung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen.
- 3 Klimaneutralität bis 2045 & massiver Ausbau erneuerbarer Energien.
- 4 Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin.
- 5 Bürgergeld statt Hartz IV.
- 6 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, darunter 100.000 Sozialwohnungen, für gerechte Mieten & bezahlbares Wohnen.
- 7 Mehr Steuergerechtigkeit & Einführung Finanztransaktionssteuer auf börsliche & außerbörsliche Finanztransaktionen.
- 8 Bessere Löhne und mehr Personal in der Pflege.
- 9 Einführung Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinderarmut & Stärkung der Chancengleichheit.
- 10 Stabiles Rentenniveau & -eintrittsalter auch in Zukunft.